

# Nepals schwere Regierungskrise

- Ex Premier Koirala in Bedrängnis -

**Die Regierungskrise in Nepal hat mit dem Rücktritt von Premierminister Girija Prasad Koirala ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Das Parlament wurde aufgelöst, Neuwahlen für den 13. November angekündigt. Gegen die Entscheidung König Birendras, den Ex-Premier mit der Führung einer Übergangsregierung zu beauftragen, wird im Land heftig Sturm gelaufen. Fast täglich kommt es zu großen Protestkundgebungen gegen Koirala und zu Generalstreiks, zu denen die Oppositionsparteien aufrufen. In zwei Beiträgen beschäftigen sich unser Korrespondent Ram Pradhan/Kathmandu und Karl-Heinz Krämer mit der aktuellen Krise im Himalaya-staat.**

Die Stimmenthaltung von 36 Parlamentariern der regierenden 'Nepali Congress'-Partei bei der Abstimmung über den Haushalt 1994/95 veranlaßte Premierminister Girija Prasad Koirala zurückzutreten. Er bat König Birendra, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen für den 13. November anzuordnen. Mit der Auflösung des Parlaments und der Bitte an Koirala, bis zu den Neuwahlen im Amt zu bleiben, folgte König Birendra der seit 1990 gültigen Verfassung.

Gegen die Berufung Koiralas durch den König, die Verwaltung der Regierungsgeschäfte bis November zu übernehmen, kam es anschließend zu heftigen Protesten seitens der Oppositionsparteien und der Dissidenten, die freie und gerechte Wahlen unter Koirala für unmöglich halten. Ihrer Meinung nach hätte der König nach dem Rücktritt Koiralas den Vorsitzenden der zweitgrößten Partei des Landes, der 'Communist Party of Nepal-United Marxist and Leninist' (CPN-UML) bitten müssen, die Amtsgeschäfte des Premierministers zu übernehmen. Außerdem habe Koirala mit seinem Rücktritt das Recht verloren, den König zu bitten, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen - dies könne nur ein amtierender Regierungschef. Erwartungsgemäß ist Koirala nicht bereit, diesen Forderungen nachzukommen und damit den Weg für eine von der Opposition geforderte Allpartei-regierung freizumachen, um freie und faire Wahlen zu garantieren.

Während Rechtsexperten noch über die Verfassungsmäßigkeit der Entscheidung des Königs diskutieren, verschärft sich das politische Klima in Nepal. Wenn der landesweite Generalstreik am 20. Juli ein Indikator für die Zukunft ist, dann ist wohl kaum mit einer Entspannung der Situation zu rechnen. Während des Streiks, dem im ganzen Land Folge geleistet wurde, kam es zu mehreren Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten. Die Polizei setzte Schlagstöcke und Tränengas ein. Das breite Bündnis gegen Koirala will diesen mit allen Mitteln entmachten. Und obwohl es heißt, es werde eine Lösung innerhalb des von der Verfassung gesetzten Rahmens gesucht, muß befürchtet werden, daß die vor allem von Studenten und Jugendlichen angeführten Agitationen außer Kontrolle geraten.

"Wir werden zu jedem Mittel greifen, das nötig ist, um Koirala zu entmachten und einen neuen Prozeß in Gang zu setzen", äußert sich CPN-UML Präsident und Oppositionsführer des aufgelösten Parlaments, Man Mohan Adhikari. Angesichts der immer lauter werdenden Rufe nach seinem Rücktritt und der Formung einer neutralen Administration zur Überwachung der bevorstehenden Wahlen, sucht Koirala nun zunehmend den Dialog mit seinen politischen Gegnern. Er strebt einen Kompromiß mit seinen Widersachern an, hat es aber bisher nicht geschafft, diese zu überzeugen, daß auch unter ihm die Wahlen nicht manipuliert würden. Insbesondere sein Versuch, seine Anhänger mit der Aussage zu beruhigen, er würde bei den Wahlen zwei Drittel der Stimmen erhalten, bestärkt die Befürchtungen seiner Opponenten, er werde die anstehenden Wahlen manipulieren, in dem er sein Amt und den Staatsapparat und damit staatliche Ressourcen zu seinem Vorteil mißbraucht. Wozu, so fragt die Opposition weiter, will er eine Zweidrittelmehrheit erzielen, wenn man das Land auch mit einer einfachen Parlamentsmehrheit effektiv regieren kann? Doch wohl nur, so heißt es, weil er dann Verfassungsänderungen anstrebe, für die er eine solche Zweidrittelmehrheit benötige. Es ist die Befürchtung politischer Beobachter, Koirala strebe eine Art 'demokratische Diktatur' an. Was für die eine Seite "undemokratisch und unmoralisch" ist (Generalsekretär der CPN-UML, Mahendra Narayan Nidhi), ist für die Anhänger Koiralas nicht nur verfassungskonform und demokratisch, sondern erhöht auch die Chancen der Partei, ihre bisherige Mehrheit im Parlament noch auszubauen.

Zwei Fragen erwachsen aus dieser aktuellen politischen Diskussion. Hat der König als konstitutioneller Monarch im besten Interesse des Landes gehandelt, als er Koirala gestattete, Neuwahlen anzusetzen? Und wird die noch junge Demokratie in Nepal die aktuelle Krise überleben? Was konstitutionell rechtens ist, kann politisch ein Fehler sein! Zweifellos ist der König verpflichtet so zu handeln, wie der Premierminister es ihm rät. Doch hätte er möglicherweise andere Verfassungsvorschriften heranziehen können, um die aktuelle Krise zu ver-



meiden? Ja und Nein. Hätte er sich dem Premierminister widersetzt, wäre ihm vorgeworfen worden, das Fundament der Verfassung zu untergraben. Folgt er den Wünschen des Premierminister, wie er es letztlich tat, wird ihm vorgehalten, für diesen Partei zu ergreifen. Tatsächlich akzeptierte der Monarch das Rücktrittsgesuch Koiralas am Abend des 10. Juli, ordnete die Neuwahlen in Verbindung mit der Auflösung des Parlaments erst 24 Stunden später an. Die Kritiker des Königs fragen sich, warum er 24 Stunden gebraucht habe, sich mit seinen Beratern zu verständigen, wenn er wirklich so überzeugt von der Richtigkeit der Empfehlungen Koiralas gewesen sei, wie er behauptet.

Ram Raja Prasad Singh, der Vorsitzende der 'Nepal Janavadi Morcha', der vor kurzem nach 14jährigem Exil in Indien nach Nepal zurückgekehrt ist, verächtigt Koirala und ehemalige Repräsentanten des 1990 gewaltsam abgeschafften Panchayatsystems, dieses wieder errichten zu wollen. Dieser Verdacht ist nicht ganz unbegründet, denn die Partei der 'Panchas', die 'Rashtriya Prajantra Party' (RPP), ist neben den Anhängern Koiralas die einzige Partei, die Neuwahlen befürwortet.

Außerdem wird vermutet, daß Indien in die aktuelle Auseinandersetzung verwickelt ist, da es an einer Fortsetzung der Regierung Koirala interessiert sei. Der ehemalige indische Premierminister und Freund Koiralas, Chandrashekar plante, genau an dem Tag Kathmandu zu besuchen, als das Parlament den Haushaltsentwurf der Regierung ablehnte. Sein Ziel war es, zwischen Koirala und den abtrünnigen Mitgliedern der Regierungspartei zu vermitteln. Der indische Politiker sah von dieser Reise ab, als er erfuhr, daß die Entscheidung inzwischen gefallen war.

Die Auflösung eines Parlamentes ist immer und überall in der Welt ein Rückschlag, egal aus welchen Gründen sie erfolgt. Beobachter sind erstaunt, wie ein langjähriger Freiheitskämpfer wie Girija Prasad Koirala zu solch einem drastischen Mittel greifen konnte, nur um sich an den 36 Dissidenten aus seiner eigenen Partei zu rächen. Genau, wie Koiralas demokratische Glaubwürdigkeit durch diesen Schritt gelitten hat, ist auch der neutrale Status des Königs in Mißkredit geraten. Die Opposition hat den König gebeten, zu intervenieren und das Problem zu lösen, doch Analytiker, die über die aktuelle Konfrontation hinaus sehen können, befürchten zurecht, ein solches Eingreifen des Königs könne einen Prozeß auslösen, der letztendlich die neuen demokratischen Rechte des Volkes untermindert. "Wir müssen daher einen Ausweg finden, welcher der Verfassung entspricht, den König aber aus dem Spiel



Ex-Premier Koirala (Foto: 'Independent', Kathmandu)

läßt," meint Verfassungsrechtlerin Dr. Surya Dhungel. Eine Gruppe von Rechtsanwälten beabsichtigt eine Verfassungsbeschwerde gegen die Auflösung des Parlamentes einzureichen. Die Rechtsanwälte sind optimistisch, daß das Verfassungsgericht die vorzeitige Parlamentsauflösung für verfassungswidrig erklärt. "Sobald dies geschieht," so ihre Meinung, "werden die Entscheidungen des Königs automatisch annulliert."

Koirala hat offensichtlich sehr unglücklich gehandelt. Besser wäre es gewesen, wenn er den Parteivorsitz im 'Nepali Congress' niedergelegt und einem neuen Vorsitzenden den Weg geebnet hätte. In diesem Fall hätte der König den neuen Führer der Mehrheitspartei mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragen können. Daß Koirala jedoch der Logik folgte, "wenn ich gehen muß, geht ihr auch", ist eine traurige Entwicklung der jungen nepalischen Demokratie. Daß er sich über alle demokrati-

schen Normen hinwegsetzen und die Existenz des Mehrparteiensystems aufs Spiel setzen würde, ist kaum zu fassen.

Nun brechen schwierige Zeiten für das Land an. Zu hoffen ist eine baldige Lösung, die von allen Parteien akzeptiert werden kann. Dies hängt vor allem von Koirala ab. Wird er jetzt nachgeben, wird das nächste Parlament ihn möglicherweise von Korruptionsvorwürfen entlasten, die im Zusammenhang mit der Unterzeichnung eines Vertrages um die Generalvertretung für den Verkauf von Tickets der staatlichen Fluggesellschaft 'Royal Nepal Airlines' stehen.

Die Neuwahlen im November werden eine Bewährungsprobe für Nepal sein. Es bleibt zu hoffen, daß der Wahlkampf gewaltfrei bleibt und die Geschichte sich nicht selbst wiederholt, indem der König gezwungen wird, den Notstand auszurufen, wodurch die Situation noch unüberschaubarer würde.

(Ram Pradhan/Kathmandu)